



Neue Stellen werden in Jena zum großen Teil in der Leiharbeit angeboten. Das ergab eine Anfrage der LINKEN bei der Bundesregierung (Bundestagsdrucksache 17/4590).

Danach liegt in der Stadt Jena der Anteil der Leiharbeitsplätze an allen offenen Stellen im Januar 2011 bei 44,1 Prozent (399 von 905 Stellen).

Angesichts dieser Zahl müsse die ungleiche Behandlung von regulär Beschäftigten auf der einen und Leiharbeitskräften auf der anderen Seite sofort beendet werden, so der Jenaer Bundestagsabgeordnete Ralph Lenkert.

Die LINKE fordert, das Prinzip "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" ohne Wenn und Aber ab dem ersten Einsatztag per Gesetz festzuschreiben. Außerdem sei die Einsatzzeit für Leiharbeitnehmer auf längstens drei Monate zu beschränken. So würde die Leiharbeit strikt begrenzt und die Entstehung regulärer Arbeitsplätze gefördert.

"Der Druck auf die Bundesregierung müsse erhöht werden, damit sie ihren Lobbyismus für die Arbeitgeber beendet. Die Beschäftigten dürfen nicht weiter im Regen stehen gelassen werden. Die LINKE unterstützt deshalb den Aktionstag der Gewerkschaften für sichere und faire Arbeit am 24. Februar", so Lenkert.

Zur Information: Der Deutsche Bundestag debattiert am 24. Februar 2011 sowohl den Gesetzesentwurf der Bundesregierung als auch den Gegenentwurf der LINKEN zum Thema Leiharbeit.

(jenanews.de)

Foto: Die Linke Jena